Politische FÃ¼hrung verlangt Mut zu Entscheidungen

Im Bremen bleiben die Smartphones von SchÃ¼lerinnen und SchÃ¼lern an Grundschulen und in der Sekundarstufe seit kurzem aus! Das Bundesland im Norden hat die private Nutzung der GerÃ¤te vom 1. Juni 2025 an verboten, Ausnahmen soll es in EinzelfÃ¤llen geben, etwa, wenn dies aus medizinischen GrÃ¼nden notwendig ist. Auch andere BundeslÃ¤nder wie Hessen und Bayern haben sich fÃ¼r landesweite Verbote entschieden. Nur in Nordrhein-Westfalen soll nicht mÃ¶glich sein, was woanders gerÃ¤uscharm Ã¼ber die BÃ¼hne geht.

Aus Sicht des PhV NRW ist ein privates Smartphonenutzungsverbot ein lÃ¤ngst Ã¼berfÃ¤lliger Schritt hin zu mehr Konzentration, besseren Lernbedingungen und einem stÃ¤rkeren sozialen Miteinander an den Schulen. Unser Verband hat die nordrhein-westfÃ¤lische Landesregierung daher nachdrÃ¼cklich aufgefordert, dem Beispiel anderer BundeslÃ¤nder zu folgen und ebenfalls eine landesweit einheitliche Regelung zum Umgang mit Mobiltelefonen an Schulen einzufÃ¼hren.

Das NRW-Schulministerium Ã¼berlÃ¤sst es den Schulen hingegen, individuelle Regelungen zu treffen â€“ und lÃ¤sst Eltern, LehrkrÃ¤fte und die SchÃ¼lerschaft damit unserer Ansicht nach im Regen stehen. Denn fÃ¼r uns ist klar: Ein landesweites privates Smartphonenutzungsverbot wÃ¤hrend der Unterrichtszeit wÃ¼rde Klarheit schaffen und Schulleitungen, LehrkrÃ¤fte und die gesamte Schulgemeinschaft entlasten.

Ein Beteiligungsprozess als Mogelpackung

Zumal der partizipative Prozess, den das Ministerium zur Entwicklung von schulindividuellen Handyregeln vorschlÃ¤gt, sich bei Lichte betrachtet als eine kleine Mogelpackung entpuppt. Denn in der exemplarischen Handyordnung, die das MSB den Schulen mit auf den Weg gegeben hat, heiÃŸt es wÃ¶rtlich in Absatz 2.1: â€žAuf dem SchulgelÃ¤nde (GebÃ¤ude wie Schulhof und SportstÃ¤tten) ist die private Nutzung von Handys und Smartwatches grundsÃ¤tzlich untersagt.â€œ

Wenn das, also ein knallhartes Verbot, das erklÃ¤rte Ziel der Handlungsempfehlung ist, kann von Mitgestaltung oder Mitwirkung (vulgo Partizipation) kaum noch die Rede sein. Viel eher scheint es so, als wÃ¼rde sich hier das Ministerium wegducken und eine unpopulÃ¤re Entscheidung â€“ Handy aus! â€“ an Schulen delegieren. Dass Kinder, Jugendliche, deren Eltern und LehrkrÃ¤fte sich nicht wirklich ernstgenommen fÃ¼hlen, dÃ¼rfte klar sein.

Umso wichtiger ist das sehr eindeutige Ergebnis der KED-Umfrage zu diesem Thema. Es zeigt uns, dass wir mit unserer Haltung und unseren Forderungen richtig liegen und damit nicht allein sind. Wir sind viele, sehr viele! Und wir blicken differenziert auf die Dinge, wie die KED-Befragung belegt: Werden Smartphone und Co. pÃ¤dagogisch sinnvoll fÃ¼r den Unterricht benutzt, spricht nichts gegen die Verwendung. Das sehen die meisten Eltern so, die meisten LehrkrÃ¤fte auch â€“ und in den meisten BundeslÃ¤ndern dÃ¼rfte diese Regelung bald Schule machen.

Der Gastbeitrag der PhV-Vorsitzenden Sabine Mistler ist in der Sonderausgabe 2025 (Handys in der Schule) des KED Kuriers erschienen.